

## Die Türkei kann sich auf Adenauer berufen

### Das Für und Wider eines Beitritts zur Europäischen Union / Aus politischen Zeitschriften

Ähnlich wie Deutschland existiert die Türkei in einer zunehmend schwierigen internationalen Situation. Werner Gumpel, früher Professor in Ankara, beschreibt ausführlich in den Südosteuropa-Mitteilungen (Nr. 1/2003) den mühsamen "Balanceakt in einer komplizierten Region". Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten, durch den Golfkrieg von 1991 und vor allem infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 "hat sich die Lage der Türkei - einem Land, dessen Bevölkerung bis zum Jahr 2023 auf 90 Millionen angewachsen sein wird - und damit ihre Bedeutung für Europa, besonders aber für die Vereinigten Staaten von Amerika, grundlegend geändert. Heute liegt sie unmittelbar am Rande . . . des Krisengebietes unserer Tage, des Nahen und Mittleren Ostens. Aber auch ihre mittelbare und unmittelbare Nachbarschaft zu einigen kaukasischen Staaten und ihre Bedeutung als Transitland für künftige Erdölströme haben sie zu einem äußerst wichtigen Faktor im Kräftespiel der Mächte gemacht. Im Bemühen, ihrer neuen politischen Rolle, insbesondere aber auch ihren eigenen Interessen, gerecht zu werden, muß die Türkei einen schwierigen politischen Balanceakt vollziehen. Sie muß ihr gutes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, ohne sich dabei zur Teilnahme an kriegerischen Aktivitäten zu verpflichten, und sie muß und will ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Kaukasus und in Zentralasien ausbauen, ohne dabei Rußland zu verärgern, das sich inzwischen zu einem wichtigen Partner des Landes entwickelt hat. Schließlich geht es auch darum, die Beziehungen zum Nachbarn Iran wieder voll herzustellen, ohne dabei den Erzfeind dieses Landes, die USA, zu verärgern, die in vielerlei Hinsicht Druck auf die Türkei ausüben."

Solche Probleme - und nicht geringe innenpolitische Herausforderungen kommen hinzu - können einen Mann wie Ralph Giordano nur in seiner Überzeugung bestärken: daß die Türkei nicht zu Europa gehört, nicht Mitglied der EU werden darf. In der Zeitschrift Das Plateau (Heft 76 vom 1. April) schreibt er geradezu leidenschaftlich: "Habe ich denn meine achtzig Jahre auf einem anderen Planeten zugebracht? So frage ich mich, wenn mir jetzt im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum EU-Beitritt der Türkei suggeriert werden soll, dieser große asiatische Muslim-Staat mit Grenzen zu Syrien, zum Irak und zum Iran zähle zu Europa. Das ist eine politische Zwecklüge, die selbst schwache Geschichtskennnisse brüskiert, für den leidlich Kundigen jedoch eine wahre Zumutung ist. Was mich empört, ist die Dreistigkeit der Täuschung, die der falschen Begründung für einen Beitritt zur EU zugrunde liegt. Die Türkei war nicht Europa, ist es nicht und wird es nicht sein, selbst dann nicht, wenn sie, wovon sie weit entfernt ist, die EU-Voraussetzungen erfüllen würde: Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte als Verfassungswirklichkeit." Wer dennoch die Türkei dem Alten Kontinent zuschlagen wolle, öffne das Tor für eine beliebig erweiterbare EU-Mitgliedschaft anderer Staaten mit geographischer Nähe zu Europa, etwa denen Nordafrikas. Das sei eine Vision, die, bar jeder Identitätsklammer, die Idee der EU sofort in eine Farce verwandeln werde. "Das Ziel der Gemeinschaft, ein europäischer Bundesstaat, kann bei aller zu wahrenen Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder nur durch eine in zwei Jahrtausenden gewachsene Homogenität erreicht werden. Mit der These von der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa werden also Realitäten mißachtet, die Respekt verlangen, und zwar noch ehe sich auseinandergesetzt wird mit den Problemen eines Staates von förmlich explodierendem Bevölkerungswachstum, niedrigem Bruttosozialprodukt, bürgerkriegsähnlichen Spannungen der Innenpolitik, langer Foltertradition der Polizei sowie demokratisch und rechtsstaatlich notorisch defizitären Strukturen, ganz zu schweigen von einem fundamentalistisch mobilisierbaren Potential mit schwer einschätzbarem Expansionsdrang."

Ähnlich deutlich äußert sich der Historiker Heinrich August Winkler in der Internationalen Politik (Nr. 2/2003): "Mit der Türkei würde ein Land Mitglied der EU werden, das geographisch überwiegend nicht zu Europa gehört. Die politische Kultur der Türkei unterscheidet sich noch immer sehr von der des Westens . . . Das Militär übt im politischen Entscheidungsprozeß eine Vetomacht aus, die mit westlichen Vorstellungen von Demokratie unvereinbar ist. Daran dürfte sich auch nach dem Wahlsieg der gemäßigten Islamisten vom November 2002 nichts ändern. Trotz aller Reformen des Rechtssystems, zu denen sich die Türkei . . . zumindest auf dem Papier bereit gefunden hat, ist sie noch immer keine Demokratie westlicher Prägung und weit davon entfernt, eine entwickelte Zivilgesellschaft zu sein."

Die Brisanz des Beitrittsgesuchs der Türkei rühre daher, daß sie demographisch stark sei - sie werde in anderthalb Jahrzehnten zum bevölkerungsreichsten Mitgliedsland der EU aufsteigen - und zugleich ökonomisch schwach, was dazu führen werde, daß nach ihrer Aufnahme jährliche Zahlungen aus Brüssel in Höhe von 20 Milliarden Euro fällig würden, wovon fünf Milliarden auf Deutschland entfielen. Und das sei noch nicht einmal das Schlimmste. "Eine EU, die an Syrien, Irak und Iran grenzt, hätte als Freihandelszone noch eine Zukunft, aber nicht als politische Union. Angesichts einer derartigen Gefahr bedarf Europa einer Grundsatzdebatte - einer Debatte über die Grenzen der Erweiterbarkeit der Europäischen Union, über ihre Identität und ihre Zukunft." Winkler regt an, Ankara eine privilegierte Partnerschaft, eine "Assoziation plus", eine vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit auf allen Gebieten vorzuschlagen, auf denen es gemeinsame Interessen gibt, aber keine Mitgliedschaft, nicht einmal eine "Mitgliedschaft minus". Europa als politische Union "braucht eine Idee von sich selbst. Es muß sich auf ein ‚Wir-Gefühl‘ stützen können - auf ein Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit und zukünftiger gemeinsamer Herausforderungen und Verantwortungen. Europa endet dort, wo es die Voraussetzungen für ein solches ‚Wir-Gefühl‘ nicht gibt. Wenn die europäische Einigungspolitik dieser Maxime folgt, hat sie einen sicheren Kompaß."

Wie man sieht, gehen Giordano wie Winkler gemeinsam davon aus, daß Europa noch immer auf eine politische Union, einen irgendwie gearteten, festen Staatenverbund hinsteuere. Aber das ist inzwischen eine eher weltfremde Vermutung. Damit stellt sich die Frage, ob nicht diejenigen recht haben, die - wie Dietrich von Kyaw in der Internationalen Politik (Nr. 3/2003) - energisch für Beitrittsverhandlungen mit Ankara plädieren, die Türkei mit Nachdruck für ein künftiges Mitglied der EU halten. Seit dem Assoziationsvertrag mit der damaligen EWG vom Jahre 1963 bestehe gegenüber der Türkei, "diesem wichtigen und verlässlichen Nato-Partner, nun einmal eine rechtlich wie politisch verpflichtende und seither wiederholt bestätigte Beitrittsoption". Für "ausgewiesene Christen" wie den damaligen Bundeskanzler Adenauer und den Kommissionspräsidenten Hallstein sei die Türkei selbstverständlich ein europäischer Partner gewesen, dem man die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft nicht verweigern dürfe. In der Präambel des damaligen Vertrages stehe ausdrücklich, daß die Hilfe der EWG "später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft erleichtern" solle. An dieses Versprechen sei die Europäische Union heute und morgen gebunden.

ARNULF BARING

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main